

Kommunale Konflikt- bewältigung

Bürgermeister/innen und Landrät/innen im Dialog

28. April 2021, 14.00–16.00 Uhr

Digital: Zoom



Eine Kooperation von:



Editorial

Kommunalpolitische Amts- und Mandatsträger/innen sind in der Ausübung ihrer Tätigkeit zunehmend besonderen Herausforderungen und Belastungen ausgesetzt. Drohungen, Hassmails und Angriffe gehören laut einer Studie der Zeitschrift Kommunal aus dem Jahr 2020 für 64% der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Alltag ihres Amtes. In diesem Jahr kommen für viele kommunale Amtsträger/innen Konflikte bedingt durch die einschränkenden Maßnahmen im Zuge der Corona Pandemie hinzu. Die zunehmenden Belastungen kommunalpolitischer Amts- und Mandatsträger/innen sind mit der Gefahr verbunden, dass die Bereitschaft zur Übernahme lokalpolitischer Ämter und Aufgaben sowie demokratischer Beteiligung vor Ort sinkt, was letztlich die lokale Demokratie unterhöhlt. Angebote zur Netzwerkbildung und zur gegenseitigen Unterstützung, die das solidarische Miteinander stärken können, werden insbesondere in ländlichen Räumen deshalb immer wichtiger. Die Dialogveranstaltung, vorbereitet im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und der Bundeszentrale für politische Bildung, will den Austausch zum Umgang mit Hetze, Bedrohungen und Konflikten zwischen kommunalen Amts- und Mandatsträger/innen ermöglichen, bestehende Hilfsangebote sichtbar machen und den Teilnehmer/innen die Möglichkeit zur Vernetzung geben. Die Veranstaltung richtet sich an Bürgermeister/innen, Landrät/innen und Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselfunktionen in Hessen.

Programm

Mittwoch, 28. April 2021

ab 13.45 Uhr	Ankommen
-----------------	----------

14.00– 14.15 Uhr	Begrüßung Lan Böhm , Leiterin Fachbereich „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung Prof. Dr. Jan Hilligardt , Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages
---------------------	--

14.15– 14.30 Uhr	Impuls: Wie umgehen mit Bedrohungen und Beleidigungen? Kirsten Fründt , Landrätin Marburg-Biedenkopf Claus Kaminsky , OB Hanau (angefragt)
---------------------	---

14.30– 15.15 Uhr	Fachaustausch Moderierter Austausch zwischen Bürgermeister/innen und Landrät/innen in Kleingruppen Bedrohungen und Beleidigungen im Amt: Erfahrungen, Ursachen, Strategien Moderation: Aktion Zivilcourage
---------------------	--

15.15– 15.25 Uhr	Impuls: Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“ Vera Lindenthal-Gold , Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Cyber Competence Center
---------------------	--

15.25– 15.45 Uhr	Impuls: Angebote des Beratungsnetzwerks Hessen Gamze Damat , Demokratiezentrum Hessen
---------------------	--

15.45– 16.00 Uhr	Abschluss und Ausblick auf kommende Veranstaltungen
---------------------	--



Aus der Praxis

Angebote des Beratungsnetzwerk Hessen

Das Beratungsnetzwerk Hessen berät und begleitet kommunalpolitisch Verantwortliche im Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen – als Person, als Amtsträger/innen und als Führungskraft. Es hilft in akuten Fällen wie auch präventiv, z. B. beim Aufbau von geeigneten Strukturen und Handlungsstrategien zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie vor Ort. Es bietet dazu professionelle Unterstützung und Fortbildungsangebote (Schulungen, Workshops, Vorträge etc.) an.

Konkret berät, begleitet und unterstützt das Beratungsnetzwerk bei:: der Analyse und Einschätzung der vorliegenden Lage sowie der Entwicklung von geeigneten Handlungskonzepten, der Kommunikation mit Mitarbeiter/innen, Ehrenamtlichen, Bürger/innen und im persönlichen Umfeld, der Entwicklung von Solidarisierungsprozessen im Gemeinwesen vor Ort und der Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsformaten für Verwaltungsmitarbeiter/innen und Ehrenamtliche. Ebenso unterstützen sie bei der Konzeption und Durchführung von Dialogforen für eine konstruktive Auseinandersetzung mit vor Ort relevanten Problemen und Themen und der Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsformaten zur Stärkung der demokratischen Kultur im Gemeinwesen. Das Angebot wird in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen durchgeführt, insbesondere mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, sowie mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Weitere Informationen unter www.beratungsnetzwerk-hessen.de/

Die hessische Meldestelle „HessenGegenHetze“

Im September 2019 startete die Hessische Landesregierung das Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“, um Rechtsextremismus, Gewalt und Hass im Internet entgegenzutreten. Als eine der vielfältigen Maßnahmen ging im Januar 2020 die Meldestelle www.hessengegenhetze.de online, über die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Behörden und Kommunen Hate Speech anonym melden können. Bei der im Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) angesiedelten Meldestelle erfolgen Dokumentation, Beweissicherung und Kontextrecherche zu gemeldeter Hate Speech. Inhalte mit konkreten Gefährdungsaspekten leitet die Meldestelle an das Hessische Landeskriminalamt und strafrechtlich relevante Sachverhalte an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) – weiter. Extremistische Inhalte werden an das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen übermittelt. Betroffene werden mit weiteren Fragen zum Umgang mit der persönlichen Belastung durch Hate Speech, zu zivilrechtlichen Möglichkeiten gegen die Verfasser von Hate Speech vorzugehen oder zur Wirksamkeit von Gegenrede nicht allein gelassen. Um im Bedarfsfall gezielte Hilfestellung zu leisten, vermittelt die Meldestelle Betroffene an spezialisierte staatliche Beratungsstellen oder nichtstaatliche Kooperationspartner. Weitere Informationen unter www.hessengegenhetze.de

Angebote des DStGB und des DLT zum Umgang mit Hass und Bedrohungen im Amt

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich bereits seit langem für den besseren Schutz von Kommunalpolitiker/innen vor Hass und Bedrohungen und Angriffen ein. Mit einem Positionspapier hat sich der DStGB bereits frühzeitig zu der Thematik positioniert und mit mehreren repräsentativen Umfragen in Kooperation mit der Zeitschrift „Kommunal“ und dem Meinungsforschungsinstitut Forsa dazu beigetragen, dass die derzeitige Situation und Entwicklung der Hasskriminalität gegenüber Kommunalpolitiker/innen anhand von Daten belegt werden kann. Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich dem Thema persönlich angenommen und in mittlerweile drei Veranstaltungen mit Kommunalpolitiker/innen unter Beteiligung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ausgetauscht und seine Unterstützung zugesagt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städtetag und dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention eine Broschüre mit wichtigen Hinweisen zum Umgang mit Bedrohungen und Hass für Kommunalpolitiker/innen erarbeitet und veröffentlicht.



Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 26. April 2021 unter <https://bpb.de/329304> für die Veranstaltung an. Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de.

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie zeitnah eine Bestätigung und die Zugangsdaten für die digitale Teilnahme. Die Veranstaltung wird auf der Plattform Zoom stattfinden.

Wir weisen darauf hin, dass die Teilnehmer/innen der digitalen Veranstaltung die Onlinedienste in eigener Verantwortung nutzen. Wir machen auch darauf aufmerksam, dass der Anbieter die Daten seiner Nutzenden entsprechend seiner Datenschutzrichtlinien abspeichert. Die bpb hat keinen Einfluss auf Art und Umfang der durch den Anbieter erarbeiteten Daten, die Art der Verarbeitung und Nutzung oder die Weitergabe dieser Daten an Dritte. Selbst bei Vorliegen einer Auftragsverarbeitung im Sinne des Art. 28 DSGVO hat die bpb keine abschließende Kontrollmöglichkeit. Für die detaillierte Darstellung der Verarbeitungsformen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung und Angaben des Anbieters: <https://zoom.us/de-de/privacy.html>

Noch mehr Informationen zum Datenschutz bei der bpb erhalten Sie hier: <https://www.bpb.de/datenschutz>

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Termin

28. April 2021; 14.00–16.00 Uhr

Für

Bürgermeister/innen, Landrät/innen und Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselfunktionen in Hessen

Veranstalterin

Bundeszentrale für politische Bildung
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Deutscher Landkreistag

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung
Sara Schmidt (sara.schmidt@bpb.bund.de)
www.bpb.de

Deutscher Landkreistag
Dr. Klaus Ritgen (Klaus.Ritgen@landkreistag.de)
<https://www.landkreistag.de/>
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Miriam Marnich (miriam.marnich@dstgb.de)
<https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/>

Pressekontakt

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Stabstelle Kommunikation
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel +49(0)22899515-200
presse@bpb.de

Mit fachlicher Unterstützung durch

Beratungsnetzwerk Hessen
<http://beratungsnetzwerk-hessen.de/mobiles-beratungsteam-hessen-mbt>
Aktion Zivilcourage
<https://www.aktion-zivilcourage.de/>

